



Nr. 12

24. März 2023

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen

[Tausende Beschäftigte protestieren für höhere Einkommen](#)

Jahresgespräch mit Kultusministerkonferenz

[Fachkräftemangel bedroht Bildungsqualität massiv](#)

dbb jugend

[Tag der Sozialen Arbeit: Soziale Arbeit, unsoziale Bedingungen](#)

dbb frauen

[Familienbarometer erschienen – Kreuzt: „Eltern brauchen mehr Unterstützung“](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[Neue Debatte um politische Beamte gefordert](#)

Schleswig-Holstein

[Landtagsbeschlüsse zu Altersgrenze, Antragsruhestand und Altersteilzeit](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[DKLK-Studie 2023: Personalmangel gefährdet frühkindliche Bildung](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Enttäuschung über Bildungsgipfel und Kultusministerkonferenz](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Warnstreik bei der AOK Nordost in Berlin](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

## Öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen Tausende Beschäftigte protestieren für höhere Einkommen

**Beschäftigte von Bund und Kommunen haben bundesweit bei Warnstreiks und Demonstrationen die Arbeitgebenden aufgefordert, endlich ein ordentliches Angebot vorzulegen.**

Am 23. März 2023 folgten alleine dem Aufruf des dbb zu drei Großdemonstrationen in Gelsenkirchen, Nürnberg und Saarbrücken über 17.000 Beschäftigte. Sie forderten vor der letzten geplanten Runde der Tarifverhandlungen am Anfang der kommenden Woche in Potsdam erneut um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro höhere Einkommen.

Der dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach appellierte in Gelsenkirchen vor über 10.000 Teilnehmenden an die Arbeitgebenden, „die vorerst letzte Chance zur Einigung“ nicht ergebnislos verstreichen zu lassen. „Wir können nur hoffen, dass auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Präsidentin der kommunalen Arbeitgeber Karin Welge erkannt haben, dass ihr Angebot aus der zweiten Runde nicht ausreicht, um den öffentlichen Dienst attraktiv zu gestalten, Fachkräfte zu gewinnen und den Beschäftigten endlich Wertschätzung zu zeigen“, machte der dbb Chef deutlich. „Wir brauchen echte Lösungen, und wir brauchen sie eigentlich gestern. Anstatt sich also weiter stur zu verweigern, sollten sich die Arbeitgebenden endlich in Bewegung setzen und einen Schritt auf uns zukommen.“

Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb Jugend, kritisierte in Gelsenkirchen: „Unsere Forderungen nach einer Entgelterhöhung für Auszubildende und Anwärter und Anwärterinnen um 200 Euro sowie die unbefristete Übernahme von Azubis haben die Arbeitgebenden komplett ignoriert.“ Die Zukunft des öffentlichen Dienstes und damit auch des Staates sei aber abhängig von gut ausgebildeten Nachwuchskräften. „Wie sollen die gefunden und vor allem gebunden werden, wenn das Entgelt gerade für die Miete reicht und die Übernahme ungewiss ist? Wir erwarten von den Arbeitgebenden, dass sie endlich aufhören, über Wertschätzung zu sprechen und diese endlich leben.“

In Nürnberg versammelten sich über 2.500 Beschäftigte zu einem Demonstrationenzug und einer Kundgebung. „Der Frust bei den Kolleginnen und Kollegen ist groß – und das völlig zu Recht“, sagte der dbb Tarifchef Volker Geyer. „Das Alibi-Angebot, dass Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Präsidentin der kom-

munalen Arbeitgeber Karin Welge in der letzten Runde vorgelegt haben, hätte angesichts der hohen Inflation für die Beschäftigten sogar Reallohnverluste bedeutet. Das ist nicht nur respektlos gegenüber den Beschäftigten und ihrer Leistung gerade in diesen Krisen-Jahren, das ist auch kurzfristig angesichts des jetzt schon eklatanten Personalmangels.“

Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rainer Nachtigall wies in Nürnberg auf die weitergehende Bedeutung des angestrebten Tarifabschlusses hin: „Das Ergebnis muss ohne Wenn und Aber auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes übertragen werden. Außerdem wird das Ergebnis auch ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Einkommensrunde mit den Ländern sein, die im Herbst ansteht. Wir brauchen endlich ordentliche Investitionen in den gesamten öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen, in Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte. Eine funktionierende Daseinsfürsorge, die etwa Bildung, Gesundheit und Sicherheit für alle garantiert, gibt es eben nicht zum Nulltarif.“

Ewald Linn, Landesvorsitzender des dbb saar, unterstrich bei einer Kundgebung in Saarbrücken vor den 5.000 Teilnehmenden: „Die Beschäftigten geben alles dafür, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in diesem Land für alle funktioniert. Durch die falsche Sparpolitik der vergangenen Jahre fehlen heute schon über 360 000 Beschäftigte, weil die Jobs im öffentlichen Sektor für viele Fachkräfte im Vergleich zur Privatwirtschaft nicht attraktiv genug sind. Um genügend Nachwuchs- und Fachkräfte zu gewinnen, müssen die Einkommen deshalb dringend steigen.“ Linn empfahl Landräten und Bürgermeistern, sich hinsichtlich der Finanzierung und der Aufgabenverteilung im öffentlichen Dienst deutlicher gegenüber Bund und Ländern zu positionieren: „Gehen Sie ruhig mal selbst auf die Straße, wir unterstützen Sie dabei gerne.“

Bereits an den Vortagen gab es Aktionen in Berlin, Dresden und Hamburg. In der Hauptstadt sprach neben dem dbb Bundesvorsitzenden auch Dieter Dewes, Bundesvorsitzender des BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerk-

schaft. Er richtete im Namen der vielen Beamtinnen und Beamten, die sich an der Demo vor dem Bundesinnenministerium beteiligt haben, einen Appell direkt an Nancy Faeser, sich intensiver für eine Einigung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebenden einzusetzen. „Eins muss dabei ganz klar sein: Diese Tarifverhandlungen sind nur der erste Schritt zu mehr Gerechtigkeit. In einem zweiten Schritt müssen die Ergebnisse dann ohne Abstriche auf die Besoldung und Versorgung des Bundes übertragen werden. Alle Beschäftigtengruppen haben hervorragendes geleistet und alle haben schwer unter der Inflation gelitten. Darum gilt ohne Abstriche auch für alle: 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro. Das ist die Messlatte!“

In Dresden bekräftigte der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission Hermann-Josef Siebigtheroth: „Die Nöte und Sorgen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst

wurden bislang ignoriert. Der schon jetzt kaputtgesparte öffentliche Dienst braucht keine weiteren Sonntagsreden mehr, sondern eine längst überfällige faire Bezahlung, eine Einstellungsoffensive zur Entlastung der Kolleginnen und Kollegen, Investitionen in die Infrastruktur der Dienststellen und den Verzicht auf weitere Einsparungen zulasten der Kolleginnen und Kollegen sowie der Bürgerinnen und Bürger.“

In Hamburg machte der dbb Landesvorsitzende Rudolf Klüver deutlich: „Wir sind es leid, immer und immer wieder als Bittsteller aufzutreten. Wir sind es leid, dass Arbeitgeber und Dienstherrn unsere gute Arbeit nicht oder kaum wertschätzen. Warum müssen wir zum Beispiel den Senat hier in Hamburg verklagen, um eine verfassungsgemäße Besoldung für die Beamten zu erhalten?“

Alle Informationen gibt es unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde).

## Jahresgespräch mit Kultusministerkonferenz **Fachkräftemangel bedroht Bildungsqualität massiv**

**Die dbb Bildungsgewerkschaften haben am 17. März 2023 aktuelle Herausforderungen des Bildungsbereiches mit der Kultusministerkonferenz (KMK) diskutiert.**

Neben der Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter und dem im Koalitionsvertrag verankerten Kooperationsgebot wurde zum wiederholten Male der Fachkräftemangel an Schulen als größte Herausforderung im Bildungsbereich problematisiert. „Trotz langjähriger und ausdauernder Warnungen der Gewerkschaften hat uns die Politik mit ihrer mangelhaften Personalplanung in eine wahrhaftige Bildungskrise manövriert“, kritisierte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Simone Fleischmann deutlich. „Nun ist der Fachkräftemangel an allen Ecken und Enden spürbar und sogar noch deutlich gravierender als von der KMK zuletzt angenommen. Ihre Fehler muss die Politik jetzt selbst ausbügeln und nicht die Beschäftigten durch Mehrbelastung ausbaden lassen. Entsprechende Vorschläge der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der KMK sind vielmehr dazu geeignet, das Berufsfeld unattraktiver zu machen und die Probleme zu verschärfen.“

Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende der dbb Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft, wies auf die Folgen des Fachkräftemangels hin: „Neben den Beschäftigten sind in erster Linie die Schülerinnen und Schüler die Leidtragenden der verfehlten Personalpolitik. Die Versäumnisse der Kultusministerinnen und -minister der Länder haben besorgniserregende Auswirkungen auf die Qualität unserer Schulen.“ Lin-Klitzing warnte davor, dem Personalmangel durch Absenkungen des geforderten Qualifikationsniveaus bei Lehrkräften begegnen zu wollen. „Entsprechende Pläne etwa in Brandenburg sind ein Dammbbruch, der letztlich unserem Nachwuchs, der Bildungsqualität und der Bildungsgerechtigkeit in Deutschland schadet“, so Lin-Klitzing und ergänzte: „Eine sinnvolle Lehrkräfte-Einstellungspolitik muss zwingend auf einer Unterrichtsabdeckung von weitaus mehr als 100 Prozent basieren, nur so lassen sich Qualitätsverluste vermeiden und die vielfältigen Herausforderungen des Schulalltags bewältigen.“

---

dbb jugend

## Tag der Sozialen Arbeit: Soziale Arbeit, unsoziale Bedingungen

**Zum Internationalen Tag der Sozialen Arbeit plädiert die dbb jugend für mehr Wertschätzung und strukturelle Veränderungen für Sozialarbeitende.**

„Soziale Arbeit ist ein grundlegender Pfeiler unserer Gesellschaft – das sollte den Beschäftigten auch zugutekommen“, stellte dbb jugend Vorsitzender Matthäus Fandrejewski am 21. März 2023 klar. Ob beispielsweise in Jugendämtern, in der Schulsozialarbeit oder in Einrichtungen für Wohnungslose: Die Anerkennung vonseiten der Arbeitgebenden sowie Politikerinnen und Politikern für die Beschäftigten beschränke sich weitestgehend auf Sonntagsreden. Fandrejewski: „Die Arbeitsbedingungen in einem Beruf sagen viel über dessen gesellschaftliche Wertschätzung aus. Es ist also kein Wunder, dass die Quote der Burnout-Erkrankten in den Bereichen Sozialarbeit und Sozialpädagogik überdurchschnittlich hoch ist.“ So müssten Sozialarbeitende zum Beispiel außerordentlich viele Anforderungen zur selben Zeit erfüllen, seien aber durch detaillierte Arbeitsvorgaben mit wenig Handlungsspielraum und fehlenden finanziellen Mitteln stark eingeschränkt. „Die Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden. Die Beschäftigten müssen in der Lage sein, ihren Beruf lange und gerne ausführen zu können“, mahnte der dbb jugend Chef.

Auch bei der finanziellen Wertschätzung gäbe es Handlungsbedarf: Neben den öffentlichen Arbeitgebenden gibt es zwar viele freie oder

kirchliche Träger, die sich nicht nach öffentlichen Tarifverträgen richten. Tarifverträge wie der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) setzen jedoch branchenweit Maßstäbe und dienen den Trägern zur Orientierung. Daher sei es umso wichtiger, in der laufenden Einkommensrunde mit Bund und Kommunen einen ordentlichen Abschluss zu erzielen.

Das Motto des diesjährigen Tages der Sozialen Arbeit lautet „Wir respektieren Vielfalt durch gemeinschaftliches soziales Handeln“ und kommt aus der Volkscharta für eine neue ökosoziale Welt. Zu einer ökosozialen Welt gehört laut Anne Klotz, 1. Sprecherin des Jungen DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit), auch explizit die Wertschätzung der Sozialen Arbeit als Profession – und zwar bereits im Studium: „Es kann nicht sein, dass studienintegrierte Praktika in der Sozialen Arbeit nicht entlohnt werden. Vor allem, wenn das in anderen Bereichen der Wirtschaft längst Standard ist!“ Die geleistete Arbeit von Studierenden nicht ordentlich zu vergüten, grenze fast an Ausbeutung und Sorge dafür, dass Sozialarbeitende oft schon beim Einstieg ins Berufsleben nahe am Burnout seien. „Wir alle leisten unheimlich wichtige Arbeit. Es ist allerhöchste Zeit, dass auch die Politik das erkennt und die Rahmenbedingungen dementsprechend anpasst“, forderte Klotz.

dbb frauen

## Familienbarometer erschienen – Kreutz: „Eltern brauchen mehr Unterstützung“

**Weniger als die Hälfte aller Eltern mit minderjährigen Kindern schätzt die eigene wirtschaftliche Lage als positiv ein. Die dbb frauen fordern vom Staat mehr Einsatz für Familien.**

Laut dem vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) veröffentlichten „Familienbarometer“ bewerten nur 43 Prozent der Eltern minderjähriger Kinder ihre wirtschaftliche Lage positiv. „Fast alle in der Umfrage befragten Eltern machen die steigenden Lebenshaltungskosten große Sorgen. Alleinerziehende sehen ihre finanzielle Lage besonders kritisch. Die Bevölkerung erwartet vom Sozialstaat, dass er materieller Ungleichheit entgegenwirkt und gute Startchancen für alle Kinder fördert. Wenn die Ergebnisse der

Studie also eines verdeutlichen, dann dies: Die Zeit zum Handeln ist jetzt“, sagte die Vorsitzende der dbb frauen und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Milanie Kreutz am 23. März 2023.

„Als dbb frauen unterstützen wir natürlich die Absichtserklärungen der Bundesregierung, die Infrastruktur für die Kinderbetreuung zu verbessern sowie eine Reform der Familienpflegezeit und des Vaterschaftsurlaubs anzustreben. Die zweiwöchige Partnerfreistellung nach

der Geburt eines Kindes aber beispielsweise sollte zügig und nicht wie geplant erst 2024 umgesetzt werden, wenn der Staat die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wirklich ernst nimmt. Denn auch das unterstreicht die Umfrage: Junge Väter und Mütter wollen eine fairere Aufteilung von Kinderbetreuung, Haushalt und Erwerbstätigkeit. Und sie erwarten zu recht, dass die Politik sie dabei unterstützt“, so Kreuzt weiter.

Die dbb Vize verlangte neben strukturellen Reformen auch kurzfristig mehr Einsatz vom

Staat: „Wir verhandeln als dbb gerade die Einkommen der Beschäftigten von Bund und Kommunen. Das bisherige Angebot von Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die Präsidentin der kommunalen Arbeitgeber Karin Welge würde aber sogar Reallohnverluste für die Beschäftigten bedeuten. Das trifft natürlich gerade die Familien, die im öffentlichen Dienst arbeiten, besonders hart. Zur Wahrheit gehört eben: Einkommenspolitik ist immer auch Familienpolitik und die staatlichen Arbeitgebenden sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen, statt zu blockieren.“

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Thüringen

### **Neue Debatte um politische Beamte gefordert**

**Der Rechnungshof hat die Einstellungspraxis der Landesregierung bei Staatssekretärinnen und Staatssekretären scharf gerügt. Das Leistungsprinzip in den Auswahlverfahren werde missachtet, heißt es in einem Sonderbericht.**

„Es darf nicht der Eindruck entstehen, die Regierung würde mit zweierlei Maß messen und dass die politische Einstellung stärker wiegt als die tatsächliche Befähigung. Daher halten wir an dieser Stelle eine abschließende Debatte um politische Beamte, Mindestqualifikationen und Befristung auf Amtsperioden für notwendig“, teilte dazu am 24. März 2023 der tbb mit.

Der Thüringer Beamtenbund spricht sich außerdem dafür aus, dass es eine öffentliche Debatte über politische Beamte geben müsse. In diesem Zusammenhang müsse auch diskutiert werden, ob Staatssekretäre in Thüringen politische Beamte sein müssten, denn im Bund seien sie etwa in einem öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnis. Darüber sei zu klären, ob eine Verbeamtung auf Lebenszeit bei politischen Beamten notwendig sei.

Schleswig-Holstein

### **Landtagsbeschlüsse zu Altersgrenze, Antragsruhestand und Altersteilzeit**

**Jüngste Haushaltsbeschlüsse des Landtages beinhalten neben der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Stellenzulagen in sicherheitsrelevanten beziehungsweise gefahrengeigneten Aufgabenbereichen weitere Regelungen, die für lebensältere Beamtinnen und Beamte von Bedeutung sind. Sie betreffen das Erwerbseinkommen neben Versorgungsbezügen, die Altersgrenze für Einstellungen sowie die Altersteilzeit.**

Die im Beamtenversorgungsgesetz ursprünglich bis zum 31. Dezember 2022 befristete Möglichkeit der Anrechnungsfreiheit von Erwerbseinkommen bei Antragsruhestand ist bis Ende 2024 verlängert worden. Sie gilt nunmehr für vor dem 1. Januar erfolgte Versetzungen in den Ruhestand. Wenn Betroffene auf arbeitsvertraglicher Grundlage weiterbeschäftigt wer-

den, kann das Finanzministerium von negativen Auswirkungen auf Versorgungsbezüge absehen. Damit soll die Rekrutierung von Personal gefördert werden. „Die Regelung könnte zwar für einzelne Kolleginnen und Kollegen interessant sein“, teilte der dbb sh am 23. März 2023 mit, „ist aber letztendlich die Folge unzureichender Attraktivität bei der Gewinnung von Nachwuchskräften.“

Begrüßt werden vom dbb sh die erweiterten Möglichkeiten für Einstellungen lebensälterer Beamtinnen und Beamten in den Landesdienst. Die grundsätzlich erforderliche Einwilligung des Finanzministeriums ist künftig erst ab dem 50. Lebensjahr statt bereits ab dem 45. Lebensjahr erforderlich. Damit wird die Gefahr einer Altersdiskriminierung reduziert. Die in der Landeshaushaltsordnung verankerten Altersgrenzen gelten nur für den Landesdienst, nicht auf kommunaler Ebene.

Enttäuschend ist für den dbb-Landesbund dagegen die ebenfalls nur für den Landesdienst geltende Einschränkung der Altersteilzeit: Die

im Landesbeamtengesetz eigentlich vorgesehene reguläre Altersteilzeit wird weiterhin durch das Haushaltsrecht ausgehebelt. Laut Haushaltsgesetz kommt Altersteilzeit nämlich nur in Frage, wenn die jeweilige Stelle nicht wiederbesetzt wird. Altersteilzeit wird damit fälschlicherweise als Instrument zum Personalabbau angesehen und nicht als Chance, die letzte Phase des aktiven Berufslebens gesund und motiviert zu gestalten. Betroffenen bleibt damit nur die Möglichkeit, die Sonderform der Altersteilzeit „63 plus“ in Anspruch zu nehmen. Diese ist jedoch an zusätzliche Voraussetzungen geknüpft, unter anderem muss die reduzierte Arbeitszeit bis zur regulären Altersgrenze erbracht werden.

## Verband Bildung und Erziehung (VBE) **DKLK-Studie 2023: Personalmangel gefährdet frühkindliche Bildung**

**Der VBE hat am 21. März 2023 beim Deutschen Kitaleitungskongress in Düsseldorf die Ergebnisse der DKLK-Studie 2023 mit dem Schwerpunkt „Personalmangel in Kitas“ vorgestellt.**

„Hochgerechnet etwa 10.000 Kitas haben im letzten Jahr in Deutschland in mehr als der Hälfte der Zeit in aufsichtspflichtrelevanter Personalunterdeckung gearbeitet. Das sind zweieinhalbmal so viele wie noch 2021 und 1.000 mehr als 2022. Anders ausgedrückt: Diese Kitas konnten den Betrieb im Durchschnitt an mehr als jedem zweiten Tag nur unter Gefährdung der Sicherheit der zu betreuenden Kinder aufrechterhalten. Mehr als 7 von 10 Kitaleitungen sagen: Der Personalmangel hat negative Auswirkungen auf den im Sozialgesetzbuch VIII § 22 festgeschriebenen Kernauftrag von Kita, die ‚Förderung der Entwicklung des Kindes zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit durch die pädagogische Arbeit in Kitas‘. Das sind erschreckende Ergebnisse, die deutlich machen, dass die Politik ihrer gesetzlichen Verantwortung nicht gerecht wird. Sie sind ein eindringlicher Hilferuf und die Verpflichtung zum Handeln“, kommentiert Tomi Neckov, stellvertretender Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE).

Fast 95 Prozent der Kitaleitungen geben laut DKLK-Studie 2023 an, dass sich der Personalmangel in den vergangenen 12 Monaten verschärft hat, es schwieriger geworden ist, passendes Personal zu gewinnen, oder Personal

eingestellt wurde, welches vor Jahren wegen mangelnder Passgenauigkeit nicht eingestellt worden wäre. Die Auswirkungen des Personalmangels sind in vielfacher Hinsicht dramatisch:

„Das frühkindliche Bildungssystem weiter auf dem Rücken der Kinder und der Beschäftigten auszuhöhlen, wäre katastrophal. Die DKLK-Studie liefert bedrückende Ergebnisse in Bezug auf die Gesundheit und Zufriedenheit der Erzieherinnen und Erzieher. Die wahrgenommene Wertschätzung durch die Politik hat nochmals abgenommen. Das offenbart die Negativspirale, in der wir uns befinden. Wir können uns glücklich schätzen, dass 8 von 10 Kitaleitungen ihre Leitungstätigkeit laut Studie – nichtsdestotrotz – gerne ausüben. Es ist, – vor dem Hintergrund der massiven Herausforderungen nochmals mehr, – wichtig und erfreulich, dass Kitaleitungen von allen anderen Akteurinnen und Akteuren außerhalb der Politik eine sehr hohe Wertschätzung erfahren. Von Kindern, Mitarbeitenden, Trägern, Fachberatung und Eltern. Das stärkt das System von innen. Das dürfen wir aber nicht weiter aufs Spiel setzen. Die frühkindliche Bildung braucht, hier gibt es keine zwei Lesarten, massive Investitionen – jetzt und dauerhaft“, so Neckov.

## Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) Enttäuschung über Bildungsgipfel und Kultusministerkonferenz

**„Die Situation in der Bildungspolitik und die Rahmenbedingungen für Bildung kann man derzeit nur als prekär bezeichnen“, sagte der VDR Bundesvorsitzende Jürgen Böhm am 18. März 2023.**

„Über die relevanten Verwaltungsebenen in unserem Land hinweg, werden derzeit von den Kommunen und Landkreisen über die Länder bis hin zum Bund unbefriedigende und teilweise hilflos anmutende Antworten gegeben“, so Böhm am Rande der Tagung des VDR Bundesvorstandes in Würzburg. Nach einem „gescheiterten“ Bildungsgipfel in Berlin und „kruden“ Vorschlägen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) stellte der VDR klare Forderungen an die Bildungspolitik („Würzburger Grundsätze“). Diese umfassen die Stärkung oder Rückkehr zu abschlussbezogenen Bildungswegen, Schulformen bzw. Klassen und Stärkung der Förderschulen; die Wiedereinführung oder Beibehaltung der verbindlichen Grundschulempfehlung für den Übergang an weiterführende Schulen nach der vierjährigen Grundschule; der Begriff Lehrer/Lehrerin soll geschützt sein, die Lehrkräfteausbildung abschlussbezogen und fachlich orientiert sein

und ein Referendariat von zwei Jahren beinhalten; die Erhöhung der Flexibilität der Arbeitszeitgestaltung im Lehrberuf statt Einschränkung von Teilzeitmöglichkeiten; die Schaffung von flexiblen Teilzeitmodellen auch in Führungsfunktionen und Schulleitungen; Keine Arbeitszeiterhöhung und Zusatzaufgaben für Lehrkräfte – Konzentration auf die Kernaufgabe Bildung und Unterricht – Altersermäßigungen zwischen 55 und 67 Jahren schaffen; die Wartung und Pflege der digitalen Infrastruktur an den Schulen und Sozialarbeit müssen extern sichergestellt werden.

„Wenn wir diese notwendigen Maßnahmen nicht endlich angehen, wird die Attraktivität des Lehramtes weiter leiden und wird sich die Qualität der Bildung in Deutschland weiter in den Sinkflug begeben. Wir brauchen mehr Realitätssinn statt therapeutische Gleichheitsideologien, abgehobene Bildungsphantasien oder „Schönreden“ der eigentlichen Probleme“, sagte Böhm.

## Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Warnstreik bei der AOK Nordost in Berlin

**Der Kampf der GdS für eine gerechte Bezahlung bei der AOK Nordost ist in die nächste Runde gegangen: Am 22. März 2023 sind die Beschäftigten in einen eintägigen Ausstand getreten und haben ihrer Verärgerung über die Blockadehaltung der Arbeitgeber im Rahmen einer zentralen Protestkundgebung vor dem AOK-Verwaltungsgebäude in der Berliner Wilhelmstraße lautstark Luft verschafft.**

Was die Beschäftigte in Rage bringt, ist die Tatsache, dass sie nach wie vor schlechter bezahlt werden als alle anderen AOK-Kolleginnen und -Kollegen im Bundesgebiet. Dabei ist die Ungleichbehandlung schon länger nicht mehr gerechtfertigt, weil sich die wirtschaftlichen Rahmendaten der Krankenkasse deutlich gebessert haben. „Mitarbeiter 1. und 2. Klasse darf es in der AOK-Tarifgemeinschaft nicht geben“, erklärt dazu der GdS Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner. „Die Beschäftigten sind es leid, dass sich die AOK Nordost weiterhin auf ihre Kosten saniert. Die finanzielle Lage der Kasse ist gut genug, um ihren Mitarbeitern die Bezahlung zukommen zu lassen, die sie verdienen.“

Beim Tarifabschluss im vergangenen Frühjahr hatte sich die AOK Nordost wegen aktuell schlechter Geschäftszahlen durch eine Sonderklausel von den Tarifierhöhungen ausnehmen lassen, die die GdS mit der AOK-Tarifgemeinschaft ausgehandelt hatte. Trotz mittlerweile eingetretener Entspannung der Finanzlage bleibt die AOK Nordost jedoch die einzige Krankenkasse im AOK-Verbund, die ihren Mitarbeitern sowohl die linearen Vergütungserhöhungen als auch die 2022 vereinbarte Einmalzahlung vorenthält. „Die AOK hält sich nicht an die getroffenen Absprachen, dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar“, so Wagner, „deshalb gehen die Beschäftigten jetzt auf die Straße, um ihr gutes Recht durchzusetzen“.

## **Namen und Nachrichten**

Nach mehreren Verhandlungsrunden hat AMEOS für die Klinika Hildesheim/Hamelnd und Osnabrück am 16. März 2023 ein finales Angebot für die Beschäftigten unterbreitet: Vom 1. März 2023 bis 31. Oktober 2024 jeden Monat 150,00 Euro netto als Inflationsausgleichsprämie (bei Teilzeit anteilig); Tabellenwirksame Entgeltsteigerungen a) zum 1. Juli 2024 zusätzlich plus 3 Prozent b) zum 1. Oktober 2024 plus 2 Prozent c) zum 1. Juni 2025 plus 2 Prozent; Ende der Laufzeit: 30. Juni 2025. **GeNi**-Mitglieder können sich dafür entscheiden, das Angebot anzunehmen oder für ein eventuell besseres Angebot zu streiken. Dazu werden in den nächsten Wochen Mitgliederversammlungen stattfinden. Dort wird der Verlauf der Verhandlung und das Angebot detailliert erläutert und Fragen können beantwortet werden.

Bei den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD in Berlin kann der **dbb berlin**

seine Kernforderungen für den öffentlichen Dienst in die Beratungen einbringen. In fünf Arbeitsgruppen, die unter anderem so wichtige Fragen wie Haushalt und Finanzen sowie Verwaltungsreform und Digitalisierung aufgreifen, bringen Mitglieder des dbb berlin ihren Sachverstand und ihre praktischen Erfahrungen ein. Auch in den Arbeitsgruppen Bildung, Jugend, Familie, sowie Wirtschaft, Energie, Technologie und schließlich Sport und Bürgerschaftliches Engagement arbeiten Vertreter der dbb Fachgewerkschaften aktiv mit. Der dbb Landeschef Becker sagte am 18. März 2023. „Wir sind dankbar, dass wir unsere praktischen Erfahrungen in die Diskussion einbringen können und haben bereits im Vorfeld der Verhandlungen unsere Mitgliedsgewerkschaften einbezogen, um auch deren fachspezifische Anliegen wirksam vertreten zu können.“

### **Termine:**

28. - 30. März 2023

#### **3. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen**

Weitere Informationen unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)

19. April 2023

#### **Europäischer Abend:**

**„Fachkräftemangel in Europa. Wie gelingt die EU-Migrationspolitik“**

Weitere Informationen unter [dbb.de](http://dbb.de).

20. April 2023

**dbb Forum ÖFFENTLICHER DIENST digital:  
„Tätowiert... war`s das mit der Verbeamtung?“**

Weitere Informationen folgen.

24. - 25. April 2023

#### **5. dbb forum Inklusion und Teilhabe**

Weitere Informationen unter [dbb.de](http://dbb.de).

14. Juni 2023

#### **17. Frauenpolitische Fachtagung**

Weitere Informationen folgen.

18.- 19. September 2023

#### **14. Forum Personalvertretungsrecht**

Weitere Informationen folgen.